

Datum : 18.10.99  
Nr. : 0905  
Thema : Behindertenpolitik

Dr. Ilja Seifert, MdB  
Platz der Republik, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227.77727  
Telefax 030 - 227.76923  
e-mail: [ilja.seifert@bundestag.de](mailto:ilja.seifert@bundestag.de)

## PDS: Behindertenpolitik übergreifend

*Zur 2. Behindertenpolitischen Konferenz, die vom 15.-17.10. 1999 in Lohmen (Land M-V) stattfand, erklärt der behindertenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Ilja Seifert:*

Das Engagement der PDS für eine selbstbestimmte Behindertenpolitik hat an Breite gewonnen und steht vor neuen Herausforderungen. Dieses erste Fazit lässt sich nach der 2. Behindertenpolitischen Konferenz ziehen, an der Mitglieder der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, PDS-Abgeordnete aller Ebenen sowie Vertreter von Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen teilnahmen.

Die durchaus kontroversen Diskussionen der über 80 Teilnehmer – erstmals auch aus den alten Bundesländern – wurden mit einer Grußadresse von Lothar Bisky und einem Impulsreferat von Heidi Knake-Werner, stellvertretende Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, eingeleitet. Am Beispiel des Entwurfs eines Gesetzes für einen Integrationsförderungsrat erläuterte die Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Martina Bunge, dass die PDS in Regierungsverantwortung nicht hinter ihren Wahlaussagen zurückbleiben wird, die konsequente Ausnutzung der sehr engen Spielräume für politische Gestaltung aber ein schrittweises Vorgehen erfordert. Dabei darf nicht aus der Sicht geraten, dass der entscheidende Durchbruch für die Durchsetzung von Rechtsansprüchen aus dem Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ auf Bundesebene erfolgen muss. Die von der PDS dazu in den Bundestag eingebrachten Vorschläge für ein Teilhabesicherungsgesetz wurden von der Konferenz begrüßt und durch konstruktive Vorschläge ergänzt.

Die 2. Behindertenpolitische Konferenz der PDS verdeutlichte, dass die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben vor allem die Überwindung eines tradierten Menschenbildes erfordert. Maßstab dafür sind die UNO-Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte (Standard Rules) von 1993. Menschen- und Bürgerrechte für alle zu sichern, ist eine Querschnittsaufgabe der Politik, die alle Bereiche des Lebens erfassen soll und zum Ziel hat, ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen.

Die von den Teilnehmern der Konferenz mit großer Mehrheit am 17.10. verabschiedete Lohmener Erklärung „Chancengleichheit für Behinderte schaffen – Paradigmenwechsel durchsetzen!“ stellt eine Orientierung für die behindertenpolitische Arbeit der PDS dar, die entschieden auf die Selbstvertretung durch Behinderte und den offenen Dialog mit Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen setzt